

Daniel Jacob | Thorsten Thiel [Hrsg.]

Politische Theorie und Digitalisierung



Nomos

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff (Frankfurt am Main)

Prof. Dr. Ina Kerner (Koblenz)

Prof. Dr. Nico Krisch (Genf)

Prof. Dr. Bernd Ladwig (Berlin)

Prof. Dr. Peter Niesen (Hamburg)

Prof. Dr. Rainer Schmalz-Bruns (Hannover)

Prof. Dr. Jens Steffek (Darmstadt)

Prof. Dr. Lars Viellechner (Bremen)

Internationale Politische Theorie

herausgegeben von

Prof. Dr. Christian Volk

Dr. Thorsten Thiel

Band 5

Daniel Jacob | Thorsten Thiel [Hrsg.]

Politische Theorie und Digitalisierung



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3733-8 (Print)

ISBN 978-3-8452-8046-2 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung: Digitalisierung als politisches Phänomen <i>Daniel Jacob, Thorsten Thiel</i>	7
2.	Die digitale Klassengesellschaft <i>Daniel Jacob</i>	27
3.	Privatheit und kommunikative Freiheit im Internet <i>Carlos Becker</i>	45
4.	Alte Sphären – neue Dimensionen. Die Politisierung von Privatheit im digitalen Zeitalter <i>Claudia Ritzi</i>	83
5.	»Das Recht auf Vergessenwerden« – Eine philosophische Betrachtung <i>Luciano Floridi</i>	113
6.	Digitale Öffentlichkeiten im demokratischen Experimentalismus <i>Andreas Antić</i>	139
7.	Arendt, Macht und Information: Über die digitale Ermöglichung republikanischer Partizipation <i>Daniel Kuchler</i>	161
8.	Digitalisierung als Kontext politischen Handelns. Republikanische Perspektiven auf die digitale Transformation der Gegenwart <i>Thorsten Thiel</i>	189

9.	Digitalität und Handlungsfähigkeit: Interdependenz als Kategorie des Politischen <i>Magdalena Freudenschuss</i>	217
10.	Politische und ethische Perspektiven auf die Verschleierung von Daten <i>Finn Brunton, Helen Nissenbaum</i>	237
11.	Sand im Getriebe der Informationsgesellschaft: Wie digitale Technologien die Paradigmen des Zivilen Ungehorsams herausfordern und verändern <i>Theresa Züger, Stefania Milan, Leonie Maria Tanczer</i>	265
12.	Vom Cyberfrieden <i>Verena Diersch, Martin Schmetz</i>	297
	Hinweise zu den Autorinnen und Autoren	313
	Textnachweise	317

Einleitung

Daniel Jacob & Thorsten Thiel

Ist Digitalisierung eine Bedrohung für die Demokratie, gar eine Gefahr für die Freiheit? Zeitdiagnosen, die eben dies behaupten, sind *en vogue*. Sie haben die euphoriegeladene Literatur der 1990er abgelöst, die in der Digitalisierung die Antwort auf sämtliche Probleme moderner Gesellschaften zu erkennen meinte. Der vorliegende Band setzt sich mit verschiedenen Strängen und Hypothesen dieser populären Digitalisierungsliteratur auseinander. Er tut dies aber nicht in der Absicht, ihr weitere Kapitel hinzuzufügen. Vielmehr eröffnet er einen neuen Blick auf die Debatte über Digitalisierung und Demokratie, indem er diese systematisch mit dem Instrumentarium der Politischen Theorie reflektiert.

Die Politische Theorie als Teildisziplin der Politikwissenschaft gilt vielen als zu abstrakt, um in die politischen Auseinandersetzungen der Zeit eingreifen zu können. Wider dieses weit verbreitete Vorurteil wollen wir mit diesem Band zeigen, dass politiktheoretische Diskurse sehr wohl anschlussfähig für die Fragen der digitalen Gesellschaften unserer Gegenwart sind. Die begriffliche und systematische Reflexion der Politischen Theorie hilft, unsere Welt zu ordnen, Argumente in größere Kontexte zu stellen und normative Orientierung zu bieten. So bietet die Politische Theorie Halt in der Flut der schnell dahinfließenden Zeitdiagnosen. Doch gilt auch: Politische Theorie muss den Umgang mit der Digitalisierung lernen. Sie muss sich auf Veränderungen einlassen, die auf den ersten Blick bloß technisch erscheinen mögen, dabei aber doch zutiefst politisch sind. Zu irritieren und sich irritieren zu lassen, ist daher das Ziel der folgenden Auseinandersetzungen.

Eine bewusst allgemein gehaltene Definition des Begriffs *Digitalisierung* bildet den Ausgangspunkt für die Beiträge des Bandes: Digitalisierung wird hier zunächst rein technisch als Prozess der Umwandlung analoger in digitale und somit elektronisch verarbeitbare Information verstanden. Digitalisierung umfasst also mehr als das Internet, es geht viel genereller um das Speichern und Verarbeiten von Daten, so wie es im Kontext elektronischer Kommunikation aber auch etwa bei der Videoüberwachung öffentlicher Plätze, dem Bezahlen per Kreditkarte oder der Steuerung des *Smarthome* geschieht. So verstanden hat sich die Digitalisierung im Laufe

des zwanzigsten Jahrhunderts immer mehr durchgesetzt, um schließlich spätestens an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zu einer politischen wie gesellschaftlichen Kontexte übergreifenden Kraft zu werden. Zunächst mit Computerisierung und Mikroprozessoren, dann mit dem *World Wide Web*, sozialen Netzwerken und heute mit den Entwicklungen etwa im Bereich selbstlernender Algorithmen oder der zunehmenden Vernetzung von Alltagsgegenständen im »Internet der Dinge«: Digitalisierung ist zu einer prägenden Instanz geworden. Im Zuge dieser Entwicklung hat die Digitalisierung die gesellschaftliche Ordnung wie auch das Alltagsleben nachhaltig verändert: In so offensichtlicher Weise wie etwa der Art, wie wir uns informieren oder miteinander kommunizieren, aber auch versteckter, etwa in der Weise wie wir Güter produzieren oder Bevölkerungen vermessen.¹ Fast alle Bereiche der wirtschaftlichen Produktion sind heute auf digitale Kommunikation angewiesen; zudem sind durch die Digitalisierung gänzlich neue Produkte und Dienstleistungen entstanden.

Als technischer Prozess ist Digitalisierung dabei nicht per se politisch. Sie wird es jedoch, wenn sie neue Möglichkeiten individuellen wie institutionellen Handelns schafft und damit das Feld gesellschaftlicher Praktiken formt. Digitalisierung wirkt dabei nicht deterministisch: Digitale Kommunikation legt aufgrund ihrer Eigenschaften bestimmte Nutzungsformen nahe oder macht diese überhaupt erst denkbar. Ob und wie diese in der Praxis genutzt werden, ist damit jedoch nicht vorgegeben. Erst wenn Digitalisierung zu sozialer Praxis gerinnt, wird sie politisch. Dabei bleibt sie stets ein gesellschaftliches Phänomen, das für Regulierung und Steuerung offen ist.

So haben Gesellschaften umfassende politische Möglichkeiten, auf die Ausgestaltung der Digitalisierung einzuwirken. Vermittels rechtlicher Rahmensetzung kann Einfluss auf den *Code* der Digitalisierung genommen werden, etwa durch Vorgaben zum Datenschutz oder zur Verantwortungszuweisung mit Blick auf autonome digitale Systeme, zum Beispiel selbstfahrende Autos. Noch sehr viel unmittelbarer ist die Möglichkeit des Zugriffs auf die physische Infrastruktur der Digitalisierung, von Verbindungswegen über Zugangspunkte bis hin zu Endgeräten. Die cyberexceptionalistische Vorstellung, dass aufgrund der globalen Natur des Internets dieses einen für Staaten *per se* nicht zu administrierenden Raum darstelle, erwiesen sich daher schon früh als falsch. So wurde etwa unter-

1 Eine eindrucksvolle Zusammenstellung der unterschiedlichen Weisen, wie Digitalisierung gesellschaftlich wirkt und welche Folgen hiervon zu erwarten sind, gibt Adam Greenfield (2017) in dem Buch »Radial Technologies«.

schätzt, wie über intermediäre Akteure – Internetserviceprovider, Kreditkartenunternehmen etc. – Regulierung vollzogen werden kann. Digitalisierung ist mithin keineswegs eine unumstößliche Naturkraft.

Zugleich ist die politische Regulierung digitaler Entwicklungen besonders herausfordernd. Die Wirkungen einzelner Regulierungsmaßnahmen auf unterschiedliche Bereiche digitaler Kommunikation sind oft schwer abschätzbar; die globale Reichweite digitaler Kommunikation setzt staatlichen Zugriffen zudem mancher Einschränkung aus. Um vor diesem Hintergrund am Ziel der politisch bewussten Gestaltung der Digitalisierung festzuhalten, braucht es nicht nur des tagesaktuellen Nachdenkens über Digitalisierung, sondern auch der Reflexion der gesellschaftlichen und politischen Implikationen, von Zielen und Zusammenhängen.

1. Die Digitalisierung als Gegenstand der politischen Theorie

Viele Autorinnen und Autoren bemessen den Wert der Politischen Theorie nicht zuletzt daran, dass diese eine kritische Distanz zum politischen Geschehen einnimmt. Nur die bewusste Distanz zum Ereignishaften und Konkreten ermögliche nämlich den Zugriff auf gesellschaftliche Zusammenhänge von grundsätzlicher Bedeutung. In einem solchen Verständnis ist die Auseinandersetzung mit technischen Entwicklungen, wie sie die Digitalisierung darstellt, verfehlt. Und in der Tat kann es nicht Aufgabe der Politischen Theorie sein, technische Entwicklungen im Einzelnen zu kommentieren. Wenn technischer Wandel jedoch die Form politischer Vergemeinschaftung und politischen Handelns grundlegend verändert, wie dies etwa in der Gegenwart in Bezug auf die Ausübung und Legitimation von Herrschaft zu geschehen scheint, so muss auch der dem Wandel zugrundeliegende technische Prozess in die politiktheoretische Reflexion einbezogen und in seiner Logik und seinen Auswirkungen verstanden werden. Weil die Digitalisierung in diesem Sinne in den Kernbereich des Politischen fällt, ist es geboten, dass die Politische Theorie die Aktualität ihrer Fragen und Antworten vor dem Hintergrund dieses Wandels reflektiert.

Zugleich versperrt sich der Prozess der Digitalisierung in mehrerlei Hinsicht dem Zugriff der Politischen Theorie: Zunächst, weil Digitalisierung ein komplexer, vor allem aber wie eben beschrieben ein kontingenter Prozess ist. Die Prognose von Entwicklungen ist sowohl mit Blick auf technische Möglichkeiten wie auf deren soziale Nutzung mit enormer Ungewissheit konfrontiert. Dies hat zwei methodische Folgen: Zum einen ist

eine permanente, umfassende und abwägende Beschäftigung mit einer sehr differenzierten Empirie Voraussetzung. Überlegungen etwa, die vor fünfzehn Jahren geschrieben wurden und die erörtern, wie das Internet Vernetzung erlaubt, Transnationalität befördert oder das politische Kampagnenwesen verändert, klingen auf den ersten Blick aktuell, stammen aber aus einer Zeit, in der das Internet größtenteils noch eine reine Informationsmaschine war. Soziale Netzwerke, mobiles Internet und algorithmische Steuerung, die zentrale Faktoren für eine Reflexion in der Gegenwart sein müssen, sind in frühere Debatten noch nicht einmal vorstellungsweise eingespeist. Zum anderen haben utopische und dystopische Überzeichnungen – wie sie gerade das politische Feuilleton hervorbringt, um Digitalisierung diskutierbar zu machen – zwar ihren Wert, indem sie die Skalierbarkeit scheinbar kleiner Phänomene verständlich machen und den Horizont von Entwicklungen ausleuchten. Als Mittel der empirischen Auseinandersetzung und Grundlage normativer Bewertungen sind sie aber so verlockend wie begrenzt. Eine allein mutmaßende Empirie verpasst die Kontingenz und Dynamik der Entwicklung. Mehr empirische Differenzierung verbessert nicht nur die Prognosefähigkeit von Theorie, sondern hilft auch, Alternativen im Denken zu formulieren.

Eine weitere Schwierigkeit der theoretischen Auseinandersetzung besteht darin, dass Digitalisierung keinesfalls als isolierbare Variable zu denken ist. Vielmehr ist sie eingebettet in eine Vielzahl anderer gesellschaftlicher Großprozesse, etwa die Globalisierung oder die Automatisierung von Produktion und Arbeit. Diese müssen als Faktoren in die Analysen einbezogen werden. Ebenso ist es unpassend, Digitalisierung auf einen irgendwie separierten Wirklichkeitsbereich – etwa den mythischen *Cyber-space* – zu beschränken. Unsere Wirklichkeit wird immer mehr durch Sensoren erfasst und in digitale Daten übersetzt, wir denken die digitalen Möglichkeiten und Handlungsweisen in jeder Kommunikation mit. Das Außen der Digitalisierung schwindet insofern zunehmend. Hieraus folgt, dass eine politiktheoretische Auseinandersetzung mit der Digitalisierung nicht auf eine Politische Theorie des Internets reduziert werden kann. Wer über Digitalisierung schreibt, schreibt über die grundlegenden Kräfte der Ordnung von Gesellschaft und muss daher Fragen in die Betrachtung einbeziehen, die auf den ersten Blick weit entfernt sind von den klassischen Markern des digitalen Wandels wie Bildschirmen und Computermäusen.

2. Der Stand der Debatte

Die Digitalisierung ist als Forschungsthema in der deutschsprachigen Politikwissenschaft insgesamt und in der Politischen Theorie im Besonderen verhältnismäßig zögerlich aufgegriffen worden. Bis heute ist sie ein Forschungsthema, welches gerade in Deutschland wenig Institutionalisierung – etwa in Professuren oder Instituten – erfährt. Noch gibt es keine Entsprechung zu Institutionen wie dem *Citizen Lab* an der University of Toronto, dem *Oxford Internet Institute* oder dem *Berkman Klein Center for Internet and Society* an der Harvard University. Ansätze wie das *Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft* in Berlin oder das jüngst bewilligte *Deutsche Institut für Internetforschung*, welches einen explizit sozialwissenschaftlichen Schwerpunkt haben soll, stehen noch am Anfang ihres Weges, lassen aber darauf hoffen, dass das Thema in der Politikwissenschaft künftig sehr viel mehr Resonanz erfährt.

Dies überrascht zunächst, da sich in der letzten Dekade in Deutschland eine äußerst lebendige und lautstarke netzpolitische Zivilgesellschaft entwickelt hat (Beckedahl 2015; Ganz 2015). Auch die überregionale Presse berichtet seit vielen Jahren regelmäßig über die Wirkung von Digitalisierung auf gesellschaftliche Entwicklungen und stellt dabei auch sehr explizit normative Fragen (Schirmmacher 2015). In der Politikwissenschaft werden diese Debatten zwar wahrgenommen, sie führen jedoch bisher kaum zu einer eigenständigen Auseinandersetzung, geschweige denn zum Eingreifen in den öffentlichen Diskurs. Bis heute stammt dementsprechend ein großer Teil der Beiträge in den deutschen Feuilletondiskussionen von spezialisierten Journalisten, von Aktivisten aus der netzpolitischen Zivilgesellschaft oder von global agierenden Intellektuellen wie Evgeny Morozov oder Shoshana Zuboff. Die wenigen akademischen Beiträge entspringen zumeist der Rechtswissenschaft.

Dennoch ist es natürlich so, dass sich gewisse Interessen- und Forschungsjunktoren auch in der deutschen Politikwissenschaft nachvollziehen lassen. Im Folgenden soll daher in großen Linien deutlich gemacht werden, wie sich unser Band zum Forschungsstand positioniert. Der Fokus dieses Überblicks liegt dabei auf im deutschen Sprachraum entstandenen bzw. dort stark rezipierten Forschungsarbeiten, die sich mit genuin politiktheoretischen Fragestellungen beschäftigen, nicht aber unbedingt von Politikwissenschaftlern verfasst wurden.

Blendet man Vorläufer wie die Kybernetik-Diskussion (vgl. Rid 2016) aus, so erlebte die internationale Diskussion des digitalen Strukturwandels in den 1990er Jahren ihren Durchbruch (Negroponte 1996). Als Grundpo-

sition in dieser Debatte wird oft die Ansicht gesehen, dass digitale Möglichkeiten der Vernetzung eine andere und bessere Möglichkeit der Vergemeinschaftung erlauben und auf lange Sicht staatlich-hierarchische Formen der Koordination obsolet machen werden. Diese pejorativ als »kalifornische Ideologie« bezeichnete Position erwuchs ursprünglich aus einer Verschränkung von anarchistisch-alternativer Gegenkultur und Cyberkultur. Ihre stark libertären Anleihen prägen in Teilen bis heute das Denken und Handeln gerade wirtschaftlicher Akteure im *Silicon Valley*. Politisch ist diese Position dabei insofern, als dass sie im Vertrauen auf digitale Kooperations- und Koordinationsmechanismen die Abschaffung klassischer politischer Strukturen impliziert, wenn nicht gar explizit für wünschenswert erklärt (vgl. Barbrook/Cameron 1996; Turner 2006). Gegen diese Position regt sich bereits früh – und gerade auch außerhalb der USA – intellektueller Widerstand: Digital vermittelte Netzwerke, so die Gegenargumentation, könnten staatliche Problemlösungskapazitäten funktional nicht ersetzen und würden zudem Gefahren ganz eigener Art bergen. Diese frühe Debatte nimmt bereits viel von dem vorweg, was später über Gefahren, Grenzen und Missbrauchspotentiale des digitalen Wandels gesagt werden wird. Beeindruckt von den neuen technischen Entwicklungen wird die Digitalisierung hier aber noch stark deterministisch verstanden. Erst in der Folge kommt es zu stärker differenzierenden, vor allem aber empirisch fundierteren Abschätzungen, die im Folgenden – entlang thematischer Kategorien – kurz vorgestellt werden sollen.²

2.1 Die demokratische Öffentlichkeit

Die Entwicklung von Öffentlichkeit unter dem Vorzeichen digitaler Kommunikation ist ein erstes großes Feld – und interessanterweise jenes, in dem sich am explizitesten ein Rückgriff auf Demokratietheorien nachzeichnen lässt.³ Ausgangspunkt der Debatten ist die Annahme, dass Öff-

2 Ausgespart bleiben in unserer Darstellung Ansätze, die sich eher mit praxisphilosophischen Aspekten des digitalen Wandels beschäftigen, vom autonomen Fahren bis zur künstlichen Intelligenz. Deren politiktheoretische Bedeutung soll zwar nicht bestritten werden und gerade auf diesem Feld gibt es sowohl ein großes öffentliches Interesse als auch eine Vielzahl spannender Arbeiten. Der vorliegende Band ist aber in all seinen Beiträgen stärker auf im engeren Sinne politikwissenschaftliche Themen ausgerichtet.

3 Aus politiktheoretischer Sicht sind diese Debatten, die über den Zusammenhang von Demokratie und Öffentlichkeit geframet werden, ergiebiger als Debatten, die

fentlichkeiten nicht länger reaktiv und beobachtend zu sein haben, sondern sich im Lichte digitaler Kommunikationsmedien stärker partizipativ denken lassen.⁴

Solchen tendenziell optimistischen Ansätzen steht von Anfang an aber eine weit umfangreichere Literatur gegenüber, die herauszuarbeiten bestrebt ist, dass Quantität und Qualität von Partizipation nicht gleichzusetzen seien. Zumindest sei ernstzunehmen, dass positive Veränderungen der demokratischen Öffentlichkeit nicht allein in Folge technischer Veränderungen zu erwarten seien, sondern nur im Zusammenhang mit institutioneller Sensibilität und ordnendem Einfluss zu gewinnen seien. So sei zum Beispiel entscheidend, ob und wie die neu entstehenden Räume einer digitalisierten Öffentlichkeit an politische Entscheidungsgremien angebunden werden.⁵ Noch weiter gehen Ansätze – wie etwa Rendueles (2015) – die sehr grundsätzlich in Frage stellen, inwiefern Vernetzung als linkes Idealtauge und ob sie nicht auch in ihren scheinbar emanzipatorischen Formen Entsolidarisierung bewirke. Eine stärker empirische Variante dieser Diskussion findet sich schließlich noch in der Auseinandersetzung mit dem Begriff der *Digital Divide*, der herausstellen soll, dass der Zugang zu den Möglichkeiten der digitalen Öffentlichkeit sehr ungleich verteilt ist, was nicht nur für den technischen Zugang sondern gerade auch für die Fähigkeit der kompetenten Nutzung gelte (Norris 2001).

Weitergeführt wird dieser Diskurs im Umfeld deliberativer Demokratietheorie: Hier findet sich auf der einen Seite eine Position, die die Hoffnung auf den deliberativen Bürger artikuliert, der in besser zugänglichen Foren öffentlicher Diskussion Interessen formuliert und Präferenzen ausbildet.⁶ Diese meist auch mit empirischen Argumenten verbundene Mikro-Perspektive auf Deliberation wird aber von Anfang an durch eine stärker gesellschaftsbezogene Sichtweise relativiert, nach der digitale Kommunikation fragmentierend und verflachend wirkt.⁷ Der Fokus hier liegt weniger auf dem aktivierenden Charakter als vielmehr auf dem als problematisch empfundenen Verlust einer übergreifenden Öffentlichkeit. Gerade in

sich direkt um sich verändernde Verfahren demokratischer Partizipation drehen, etwa um *e-democracy* (z.B: Kneuer 2015) oder *e-government* (z.B: Schöne-mann/Weiler 2012; theoretischer angelegt: Fung 2013).

4 Vgl. hierzu Rheingold (1993, 2002), Shirky (2008), Münker (2009), Stalder (2016).

5 Siehe Barber (1998), Buchstein (1997), Jacob/Thomas (2014), Schmalz-Bruns (2001), Hindman (2009), Fung et al. (2013).

6 Siehe Bohman (2004), Fishkin (2009), Colemann/Moss (2012) und Wright (2012).

7 Siehe Froomkin (2003), Gimmler (2001), Papacharissi (2002, 2015), Sunstein (2001), Habermas (2008), Han (2013).

den letzten Jahren, seit die Polarisierung von Öffentlichkeit durch den Aufschwung populistischer Bewegungen besonders deutlich geworden ist, die Bedeutung von Algorithmen in der Selektion von Nachrichten prominent diskutiert wird und die allgemeine Annahme ist, dass der Stil politischer Diskussionen deutlich konfrontativer und verhärteter verläuft, ist diese Diagnose theoretisch wie politisch wichtig geworden.⁸

2.2 Partizipation und ziviler Ungehorsam

Eng verbunden mit den Diskussionen um den Wandel der demokratischen Öffentlichkeit sind Ansätze, die digitale Formen zivilgesellschaftlichen Handelns in den Blick nehmen. Hierbei geht es nicht um die Frage, wie ein besserer Austausch zwischen Bürgern und Politik erreicht werden kann, sondern direkter um die Möglichkeiten der Selbstermächtigung der Bürger in der Demokratie. Ein erstes interessantes Untersuchungsfeld ist etwa, wie sich soziale Bewegungen digitaler Techniken bedienen, wie sie Gegenöffentlichkeiten schaffen,⁹ spontane und breite Mobilisierung erreichen oder Politik langfristig zur Verantwortung ziehen. Ein anderer Fokus liegt auf neuen Formen von Protest und zivilem Ungehorsam, wie sie sich etwa aus der Hacker-Kultur heraus entwickelt haben. Besondere Aufmerksamkeit haben in jüngerer Zeit zum Beispiel die Aktionen von *Anonymous* erfahren. In Deutschland wurde zudem viel über den per *Twitter* verbreiteten #aufschrei diskutiert. Aus Anlass sexistischer Äußerungen des damaligen FDP-Spitzenkandidaten Rainer Brüderle kam es zu einer regelrechten Flut von empörten *tweets*, aus denen sich in der Folge eine öffentliche Debatte entwickelte, die weit über *Twitter* hinausreichte.

Politiktheoretisch stellt sich hier ganz grundsätzlich die Frage, inwiefern sich die Bedingungen kollektiven Handelns dauerhaft verändert haben oder ob es hier nur um Einzelfälle geht, in denen Digitalisierung bekannte Strategien spektakulärer und kurzlebiger gemacht hat.¹⁰ Zugespitzt wird diese Frage etwa in den Debatten um Form und Bedeutung der Praxis

8 Siehe Pariser (2011), Pasquale (2015) und Lischka/Stöcker (2017).

9 Mit Blick auf die Entstehung von Gegenöffentlichkeiten sind insbesondere Ansätze interessant, die sich oft explizit auf radikale Demokratietheorien beziehen. Siehe etwa: Dahlberg (2001, 2007, 2011), Dahlberg/Siapera (2007), Fuchs/Dyer-Witherford (2013), Winter (2008).

10 Siehe Bennett (2003), Bennett/Seegerberg (2013), Earl/Kimport (2011), Castells (2012) und Tufekci (2017).

des zivilen Ungehorsams unter den Bedingungen der Digitalisierung,¹¹ oder in den Diskussionen um präfigurative Strategien von Protest, in denen das Vorleben einer anderen Ordnung versucht wird, wie es etwa im Kontext der *Occupy*-Proteste von großer Bedeutung war.¹²

2.3 Privatheit

Eine weitere, gerade im deutschen Sprachraum ungemein wichtige Debatte, fragt nach der Veränderung und Bedeutung von Privatheit im Kontext von Digitalisierung. Den Anlass hierfür liefert das zunehmende Bewusstsein dafür, dass die vielfältigen Möglichkeiten digitaler Kommunikation auch neue und neuartige Verletzungen der Privatsphäre ermöglichen. Die Verletzbarkeit der individuellen Privatsphäre zeigte sich mit besonderer Schärfe in den Enthüllungen Edward Snowdens zu dem umfassenden Abhörprogramm der *National Security Agency* (vgl. Bauman et al. 2014), wurde aber auch in der bundesdeutschen Debatte um Vorratsdatenspeicherung und *Staatstrojaner* thematisiert (vgl. Trojanow/Zeh 2009).

Politiktheoretisch wurden dies zum Anlass genommen, noch einmal sehr grundsätzlich die Bedeutung der Privatsphäre zu hinterfragen.¹³ Die im engeren Sinne liberale Perspektive auf Privatheit als Ausdruck und Schutz individueller Freiheit wurde dabei schon bald durch den Hinweis darauf ergänzt, dass eine geschützte Privatsphäre notwendig auch für die Möglichkeit kollektiven und politischen Handelns ist. Der Schutz der Privatsphäre dient mithin nicht nur der Freiheit des Individuums, sondern ist zudem wichtige Voraussetzung einer demokratischen Gesellschaft. Praktisch wie theoretisch noch ungeklärt ist jedoch, wie die Digitalisierung in diesem Sinne so gestaltet werden könnte, dass ein effektiver Schutz der Privatsphäre möglich wird. Kurzzeitige Zuspitzung fand diese Auseinandersetzung in der deterministischen Behauptung, die Digitalisierung markiere unumkehrbar das Ende der Privatsphäre (*post-privacy* Debatte). Dagegen jedoch weisen eine Reihe von Autorinnen und Autoren auf die verschiedenen Möglichkeiten hin, durch individuelle wie institutionelle Maß-

11 Siehe Celikates (2015), Lagasnerie (2016), und Scheuermann (2014).

12 Siehe Juris (2012), Lorey (2012), Maeckelbergh (2012) und Gerbaudo (2017).

13 Einflussreich etwa Nissenbaum (2010), Rössler (2001), Rössler/Mokrosinska (2013) und Solove (2009). Beiträge aus der deutschen Debatte sammelt zudem das Sonderheft des *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* zum Thema »Privatheit und Demokratie« (Seubert/Helm 2017). Für einen deutschsprachigen Beitrag zur *Post-Privacy*-Debatte siehe Heller (2010).

nahmen auch unter den Bedingungen digitaler Kommunikation ein angemessenes Maß an Privatsphäre zu schützen.

2.4 Kapitalismus

Ein weiterer Strang der Auseinandersetzung um die Digitalisierung beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf Strukturen und Handlungsweisen des zeitgenössischen Kapitalismus. Die Annahme hier ist, dass die Umstellung der kapitalistischen Logik so tief greift, dass das politische System und die demokratische Ordnung unmittelbar betroffen sind. Zentral in dieser Hinsicht sind vor allem Texte, die aufzeigen, dass Digitalisierung nicht einfach nur neue Verkaufswege oder Produktionsweisen eröffnet, sondern sich die Logik von Produkten und Marktaustausch selbst verändert.¹⁴ Besonders evident ist dies vielleicht mit Blick auf den Daten- oder Überwachungskapitalismus, in dem private Akteure nicht länger nur ein Interesse daran haben, Waren zu kaufen oder zu verkaufen, sondern möglichst alles über den Käufer zu erfahren versuchen. Ein anderer Aspekt hiervon sind große Informationsmonopole wie *Facebook*, *Amazon* oder *Google*, die einerseits Gegenstand von Regulierungsversuchen sind und andererseits selbst ein wichtiger Teil jenes öffentlichen Raumes geworden sind, in dem der Austausch über derartige Regulierungsanstrengungen stattfindet. Im Bereich der Ökonomie und der möglichen Auswirkungen von Digitalisierung ist allerdings auch noch eine alternative Literatur zu beachten, die stärker herausarbeitet, wie digitale Daten andere Möglichkeiten der demokratischen Kooperation auch im ökonomischen Bereich erlaubt. Auseinandersetzungen etwa mit dem Motiv der *peer*-Produktion führen hier eher zu Thesen einer möglichen Selbstabschaffung des Kapitalismus und einer sich demokratisierenden Sphäre der Produktion.¹⁵

2.5 Staatlichkeit und Souveränität

Schließlich gibt es noch eine kleinere, für die Politische Theorie aber nicht weniger relevante Debatte um die Bedeutung von Staatlichkeit und Souve-

14 Siehe etwa Dean (2005), McChesney (2013), Sassen (2006), Lanier (2010/ 2013) und Zuboff (2015).

15 Siehe Benkler (2006), Benkler/Nissenbaum (2006), Mason (2015).

ränität in einer digital vernetzten Welt. Während in den 1990er Jahren zunächst die Hypothese viel Aufmerksamkeit erregte, dass effektive Rechts- und nationale Ordnungsdurchsetzung im Cyberspace nicht länger gegeben seien (Johnson/Post 1996), ist gerade deren – unmittelbar erfolgende – empirische Widerlegung von theoretisch nachhaltigem Interesse.¹⁶ In dieser wird ein Wandel von Staatlichkeit diagnostiziert, der eben nicht ein Verschwinden des Staates in einer globalisierten Ordnung meint, sondern in dem gerade auch die Wiederkehr von Ordnungsansprüchen und ein neuer Durchgriff des Staates auf individuelles Verhalten debattiert werden kann.¹⁷

Vergleichsweise viel diskutiert wird dies etwa im Zusammenhang mit Cybersicherheit und digitaler Kriegsführung (vgl. Dunn Caveltly 2013, Gaycken 2012). Auch die Debatte um *Internet Governance*, also die Regulierung im Bereich technischer Protokolle und Standards, berührt jenseits ihres Schwerpunkts auf Beschreibung und Bewertung der emergenten Institutionen öfter theoretische Fragestellungen, da die in ihr existierenden Multi-Stakeholder-Ansätze Anleihen zu experimenteller Governance nehmen und ihnen gelegentlich Vorbildcharakter für globale, diskursorientierte Politikformen zugeschrieben wird.

Im Zwischenfeld zwischen der Debatte um den Wiederaufstieg des Staates und liberal konnotierten Gefährdungen der Privatheit lässt sich zudem noch der breite Strom von Artikeln zur kritischen Internetforschung und der *surveillance studies* platzieren. Hier sind insbesondere an Foucault anschließende Arbeiten zu erwähnen, die sehr detailliert herausarbeiten, wie digitale Gouvernamentalität neue Formen der Subjektivierung und Beherrschung hervorbringt.¹⁸

3. Die Beiträge dieses Bandes

In den Beiträgen des vorliegenden Bandes spiegelt sich die nun dargestellte Vielfalt politischer Theorie. Sie knüpfen an die jeweiligen Forschungsstände an, erweitern oder verbinden diese.

16 Siehe Drezner (2004), Goldsmith (1998), Goldsmith/Wu (2006), Sassen (1998), Wu (1997).

17 Siehe Mueller (2010, 2017), Thiel (2014), Owen (2015) und Misterek (2017).

18 Siehe Bauman et al. (2014), Buhr et al. (2017), Sprenger (2015) und Stahl (2016). Theoretisch ungemein reflektierte Arbeiten im englischen Sprachraum stammen etwa von Julie E. Cohen (2008, 2012)

Den Auftakt macht ein Artikel von *Daniel Jacob*, der unter Rückgriff auf Pierre Bourdieu aufzeigt, wie sich im Prozess der Digitalisierung Strukturen sozialer Ungleichheit reproduzieren. Dabei zeichnet Jacob nach, wie in der digitalen Klassengesellschaft eine spezifische Form kulturellen Kapitals an Bedeutung gewinnt: nämlich jenes technische und politische Wissen, das notwendig ist, um digitale Techniken selbstbestimmt nutzen und deren zukünftige Entwicklung prägen zu können. Auch die Auseinandersetzung um den Schutz der Privatsphäre erweist sich vor diesem Hintergrund als klassenspezifisches politisches Phänomen.

Carlos Becker vollzieht in seinem Beitrag einen Dreischritt. Zunächst rekonstruiert er die normativen Geltungsansprüche vernetzter Kommunikation. Diese Rekonstruktion nutzt er sodann, um den Begriff kommunikativer Freiheit als sozialer Freiheit im Kontext der spezifischen Bedingungen einer digitalen Welt zu aktualisieren. Dies erlaubt ihm schließlich eine interne Kritik an der aktuellen Verfassung digitaler Kommunikationsinfrastruktur. Aus dieser Perspektive sind Einschränkungen der Privatheit nicht nur eine Bedrohung für einzelne Individuen, sondern gefährden das gesamte Konstrukt einer freiheitlichen Kommunikationsgemeinschaft, mithin das Fundament gelingender demokratischer Selbstbestimmung.

Claudia Ritzis Beitrag zu Privatheit und deren Politisierung im digitalen Zeitalter nimmt die demokratische Bedeutung von Privatheit unter den Bedingungen einer kapitalistisch codierten Infrastruktur digitaler Kommunikation in den Blick. Die Kommodifizierung von Privatheit und deren Transformation in ein knappes Gut müsse, so Ritzis, auch demokratietheoretisch reflektiert und analysiert werden. Sie tut dies zunächst in systematischer Weise, indem sie den Privatheitsdiskurs umfassend aufarbeitet und für die Begründung des Zusammenhangs von Privatheit und individueller Autonomie auch jenseits liberaler Ansätze argumentiert. Darauf aufbauend analysiert sie sodann, welche Schlüsse in Bezug auf den aktuellen Schutzbedarf von Demokratie und Bürgerschaft zu ziehen sind und wie ein effektiver Schutz von Privatheit umgesetzt werden kann. So plädiert sie dafür, das gegenwärtige Modell der hauptsächlich rechts- und verfahrensgestützten Durchsetzung von Privatheit durch ein stärker politisch-demokratisches zu ersetzen.

Der Artikel von *Luciano Floridi* konkretisiert noch weiter, wie eine politiktheoretische Reflexion auf sich unter dem Vorzeichen der Digitalisierung verändernde Herausforderungen in Bezug auf Privatheit und Demokratie aussehen können. Er tut dies, indem er das »Recht auf Vergessenwerden« analysiert, jenes vom EuGH konstruierte Recht, dass es möglich macht, Verlinkungen aus dem Suchmaschinenindex auch dann zu entfer-

nen, wenn der indizierte Link keine Verleumdungen, Unwahrheiten oder Rechtsbrüche beinhaltet, sondern »nur« allgemeinen Kriterien des Persönlichkeits- oder Privatheitsschutzes widerspricht. Floridi diskutiert die technischen wie kulturellen Herausforderungen, die sich aus der Idee eines solchen »Rechts auf Vergessenwerden« ergeben. Dem plausiblen Anspruch des Einzelnen auf den entsprechenden Schutz der Privatsphäre stellt er dabei das Interesse der Öffentlichkeit am Zugang zu relevanten Informationen gegenüber und macht deutlich, wie komplex und folgenreich sämtliche Regulierungsvorschläge in diesem Bereich sind.

Andreas Antić verbindet die Fragen des politischen Handelns anschließend stärker mit der Herausbildung einer demokratischen Öffentlichkeit. Hierfür bedient er sich der Überlegungen John Deweys zum demokratischen Experimentalismus, um einen pluralistischen Öffentlichkeitsbegriff zu entwickeln. Dabei fokussiert er insbesondere auf drei Aspekte der digitalen Öffentlichkeit. Erstens betont er die Vielfalt öffentlich zugänglicher Kommunikation. Anders als etwa Jürgen Habermas oder Cass Sunstein sieht er hierin aber keine Gefahr, sondern den Normalfall demokratischer Öffentlichkeit. Zweitens verweist Antić auf die Vielfalt öffentlicher Angelegenheiten, die in Zeiten der Digitalisierung systematisch über die nationalstaatliche Ausrichtung klassischer Öffentlichkeitstheorien hinaus weise. Schließlich nimmt Antić die Vielfalt digitaler Praktiken zum Anlass für eine Kritik an der Verengung deliberativer Öffentlichkeitstheorien auf die rein kommunikative Ebene.

Die Möglichkeit demokratischer Partizipation unter den Bedingungen der Digitalisierung steht auch im Zentrum des Beitrages von *Daniel Kuchler*. Im Anschluss an Hannah Arendt arbeitet Kuchler heraus, wie die informationellen Rahmenbedingungen von Kommunikation zu gestalten sind, um eine freiheitlich-demokratische Entwicklung zu ermöglichen. Dabei legt er besonderen Wert auf zwei Bedingungen: Den umfassenden Zugang zu relevanten Informationen einerseits, einen hierarchiefreien und ungehinderten Austausch dieser Informationen andererseits. Kuchler betont dabei die Unabgeschlossenheit der Digitalisierung. Globale Kommunikationsnetzwerke können dazu genutzt werden, die so beschriebenen kommunikativen Voraussetzungen politischen Handelns zu gewährleisten und zu erweitern, bergen aber auch die Gefahr, eben diese Voraussetzungen zu untergraben.

In direktem Anschluss nimmt der Beitrag von *Thorsten Thiel* eine republikanische Perspektive auf Politik zur Grundlage und fragt von dieser ausgehend nach der analytischen Bewertung des digitalen Strukturwandels. Thiel differenziert zwischen verschiedenen Strömungen modernen

republikanischen Denkens und zeigt, welche Aspekte des digitalen Wandels – der Wandel von Öffentlichkeit, neue Herrschaftsweisen, veränderte Potentiale zur Bildung von Gegenmacht – durch die theoretischen Linsen jeweils in den Vordergrund rücken. Ihm zufolge liegt die Stärke der politischen Theorie des Republikanismus dabei genau darin, dass sich durch das republikanische Vokabular artikulieren lässt, wo Digitalisierung politische Dynamiken so verändert, dass es zu dauerhaften Verschiebungen in Bezug auf die Bildung von Macht und Gegenmacht kommt.

Auch der Beitrag von *Magdalena Freudenschuss* nimmt die mit Digitalisierung einhergehende Umstrukturierung des Handlungsraums zum Anlass, nach der sich verändernden Handlungsfähigkeit politischer Subjekte zu fragen. Als theoretisches Instrumentarium wählt sie jedoch die feministische Theorie und im Besonderen die Kategorie der Interdependenz. Unter Rückgriff auf eigene empirische Arbeiten zu veränderten Wahrnehmungen, Handlungsoptionen und -weisen politischer Aktivist*innen argumentiert sie dafür, sich von der Vorstellung eines autonomen Subjekts zu lösen und stattdessen Affekte oder den Körper-Technik-Nexus in die Analyse und Bewertung von Handlungsräumen einzubeziehen. So eröffnet Interdependenz einen Blick auf eine alternative Logik des Politischen, der sich statt an Kontrolle und Sicherheit an Verletzlichkeit orientiert.

Der Artikel von *Finn Brunton* und *Helen Nissenbaum* nimmt noch einmal eine andere Perspektive auf die Handlungsfähigkeit politischer Subjekte in digitalen Gesellschaften ein: In ihm diskutieren die Autoren die Taktik der Verschleierung (*obfuscation*), also die bewusste Produktion irreführender, vieldeutiger oder verwirrender Informationen, um den Logiken der Überwachungsgesellschaft individuell einen Widerstand entgegenzusetzen. Brunton und Nissenbaum untersuchen unter Rückgriff auf eine Vielzahl an Beispielen, inwiefern Verschleierung eine angemessene und effektive Reaktion auf die zunehmend lückenlose Erfassung von Daten ist. Vor allem aber diskutieren sie, welche ethischen und politischen Fragen Verschleierung als Handlungsweise aufwirft und wie sie sich zu anderen Strategien im Umgang mit Überwachung und Kontrolle verhält.

Während Bruntons und Nissenbaums Beitrag hauptsächlich individuelle Strategien des Umgangs mit den Risiken einer digitalisierten Informationsgesellschaft diskutiert, wendet sich der Beitrag von *Theresa Züger*, *Stefania Milan* und *Leonie Maria Tanczer* noch einmal der kollektiven und politischen Dimension zu. Gegenstand ihrer Auseinandersetzung ist der zivile Ungehorsam, genauer: der Wandel von zivilem Ungehorsam unter den Bedingungen der Digitalisierung. So diskutieren die Autorinnen, welche Bedeutung die sich verschiebenden Rahmenbedingungen von Pro-

test haben, inwiefern diese allein taktischer Natur sind und wo die normative Diskussion von legitimem und demokratischem Protest selbst der Modifikation bedarf. Am Beispiel des *Whistleblowing* zeigen sie dabei, wie es gerade die Macht von und über Informationen ist, die im digitalen Ungehorsam unserer Gegenwart ins Zentrum rückt und es erlaubt, Sand in die Maschinerie undemokratischer Entwicklungen zu streuen.

Der Band schließt mit einem Artikel von *Verena Diersch* und *Martin Schmetz*. Der weit verbreiteten Rede von der drohenden Gefahr eines Cyberkriegs treten sie entgegen, indem sie dessen begriffliches Gegenstück, den Cyberfrieden, thematisieren. Hierfür untersuchen sie die gängigen Theorien der Internationalen Beziehungen darauf hin, welche präskriptiven und analytischen Ressourcen diese zur Erfassung der Idee vom Cyberfrieden bieten. Letztlich erweisen sich dabei alle bisherigen Theorieansätze als unzureichend, was Diersch und Schmetz vor allem auf die nahezu exklusive Orientierung an Staatlichkeit zurückführen. Die neuen Akteurs- und Handlungskonstellationen des Cyberspace können diese Theorien dadurch nicht erfassen und so gelingt es ihnen auch nicht, ein angemessenes Verständnis vom Cyberfrieden zu entwickeln.

Die Beiträge dieses Bandes gehen auf einen Autoren-Workshop zurück, der im Herbst 2015 in den Räumen des Berliner Sonderforschungsbereichs (SFB) 700 »Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit« stattfand. Für die Ermöglichung dieses Workshops danken wir dem SFB 700 sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Zudem danken wir Johannes Braun, Björn Dohl und Sophia Obermeyer für die Unterstützung bei Korrektur und Satz der Manuskripte.

Literatur

Barber, Benjamin 1998: Three Scenarios for the Future of Technology and Strong Democracy, in: *Political Science Quarterly* 113, 573-589.

Barbrook, Richard/Cameron, Andy 1996: The Californian Ideology, in: *Science as Culture* 6: 1, 44-72.

Bauman, Zygmunt/Bigo, Didier/Esteves, Paulo/Guild, Elspeth/Jabri, Vivienne/Lyon, David/Walker, R. B. J. 2014: After Snowden: Rethinking the Impact of Surveillance, in: *International Political Sociology* 8: 2, 121-144.

Beckedahl, Markus 2015: Die digitale Gesellschaft. Netzpolitik, Bürgerrechte und Machtfrage, in: *Journal of Self-Regulation and Regulation* 1: 1, 11-30.

Benkler, Yochai 2006: *The Wealth of Networks: How Social Production Transforms Markets and Freedom*, New Haven, CT.

- Benkler, Yochai/Nissenbaum, Helen* 2006: Commons-based Peer Production and Virtue, in: *Journal of Political Philosophy* 14: 4, 394-419.
- Bennett, Lance W.* 2003: Communicating Global Activism, in: *Information, Communication & Society* 6: 2, 143-168.
- Bennett, Lance W./Segerberg, Alexandra* 2013: *The Logic of Connective Action. Digital Media and the Personalization of Contentious Politics*, Cambridge.
- Bohman, James* 2004: Expanding Dialogue. The Internet, the Public Sphere and Prospects for Transnational Democracy, in: Crossley, Nick/Roberts, Johnson (Hrsg.): *After Habermas. New Perspectives on the Public Sphere*, Oxford, 131-155.
- Buchstein, Hubertus* 1997: Bytes that Bite: The Internet and Deliberative Democracy, in: *Constellations* 4: 2, 248-263.
- Buhr, Lorina/Hammer, Stefanie/Schölzel, Hagen* (Hrsg.) 2017: *Staat, Internet und digitale Gouvernementalität*, Wiesbaden.
- Celikates, Robin* 2015: Digital Publics, Digital Contestation. A New Structural Transformation of the Public Sphere?, in: Celikates, Robin/Kreide, Regina/Wesche, Tilo (Hrsg.): *Transformations of Democracy*, Washington D.C., 159-174.
- Cohen, Julie E.* 2008: Privacy, Visibility, Transparency and Exposure, in: *The University of Chicago Law Review* 75: 1, 181-201.
- Cohen, Julie E.* 2012: *Configuring the Networked Self: Law, Code, and the Play of Everyday Practice*, New Haven, CT.
- Coleman, Stephen/Moss, Giles* 2012: Under Construction: The Field of Online Deliberation Research, in: *Journal of Information Technology & Politics* 9: 1, 1-15.
- Dahlberg, Lincoln* 2001: Democracy via Cyberspace. Exploring the Rhetorics and Practices of Three Prominent Camps, in: *New Media & Society* 4: 4, 615-633.
- Dahlberg, Lincoln* 2007: The Internet and Discursive Exclusion. From Deliberative to Agonistic Public Sphere Theory, in: Dahlberg, Lincoln/Siapera, Eugenia (Hrsg.): *Radical Democracy and the Internet. Interrogating Theory and Practice*, Basingstoke, 128-147.
- Dahlberg, Lincoln* 2011: Re-Constructing Digital Democracy. An Outline of Four Positions, in: *New Media & Society* 13: 1, 1-18.
- Dahlberg, Lincoln/Siapera, Eugenia* (Hrsg.) 2007: *Radical Democracy and the Internet*, New York, NY.
- Dean, Jodi* 2005: Communicative Capitalism. Circulation and the Foreclosure of Politics, in: *Cultural Politics* 1: 1, 51-74.
- Drezner, Daniel* 2004: The Global Governance of the Internet. Bringing the State Back In, in: *Political Science Quarterly* 119: 3, 477-498.
- Dunn Cavelt, Myriam* 2013: From Cyber-Bombs to Political Fallout. Threat Representations with an Impact in the Cyber-Security Discourse, in: *International Studies Review* 15: 1, 105-122.
- Earl, Jennifer/Kimport, Katrina* 2011: *Digitally Enabled Social Change*, Boston, MA.
- Fishkin, James S.* 2009: Virtual Public Consultation. Prospects for Internet Deliberative Democracy, in: Davies, Todd/Gangadharan, Seeta Peña (Hrsg.): *Online Deliberation. Design, Research, and Practice*, Chicago, IL, 23-35.

- Floridi, Luciano* 2015: Die 4. Revolution. Wie die Infosphäre unser Leben verändert, Berlin.
- Froomkin, Michael A.* 2003: Habermas@Discourse.net. Towards a Critical Theory of Cyberspace, in: Harvard Law Review 116, 71-84.
- Fuchs, Christian/Dyer-Witherford, Nick* 2013: Karl Marx @ Internet Studies, in: New Media & Society 15: 5, 782-796.
- Fung, Archon* 2013: Infotopia Unleashing the Democratic Power of Transparency, in: Politics & Society 41: 2, 183-212.
- Fung, Archon/Russon Gilman, Hollie/Shkabatur, Jennifer* 2013: Six Models for the Internet + Politics, in: International Studies Review 15: 1, 30-47.
- Ganz, Kathrin* 2015: Zehn Jahre Netzbewegung. Konflikte um Privatheit im digitalen Bürgerrechtsaktivismus vor und nach Snowden, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 28: 3, 35-45.
- Gaycken, Sandro* 2012: Cyberwar, München.
- Gerbaudo, Paolo* 2017: The Mask and the Flag. Populism, Citizenism and Global Protest, London.
- Gimmler, Antje* 2001: Deliberative Democracy, the Public Sphere and the Internet, in: Philosophy & Social Criticism 27: 4, 21-39.
- Goldsmith, Jack* 1998: Against Cyberanarchy, in: University of Chicago Law Review 65: 4, 1199-1250.
- Goldsmith, Jack/Wu, Tim* 2006: Who Controls the Internet? Illusions of a Borderless World, Oxford.
- Greenfield, Adam* 2017: Radical Technologies. The Design of Everyday Life, London.
- Habermas, Jürgen* 2008: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: Habermas, Jürgen (Hrsg.): Ach, Europa, Frankfurt/Main, 138-191.
- Han, Byung-Chul* 2013: Digitale Rationalität und das Ende des kommunikativen Handelns, Berlin.
- Hindman, Matthew* 2009: The Myth of Digital Democracy, Princeton.
- Jacob, Daniel/Thomas, Manuel* 2014: Das Internet als Heilsbringer der Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 64: 22-23, 35-39.
- Johnson, David R./Post, David G.* 1996: Law and Borders. The Rise of Law in Cyberspace, in: Stanford Law Review 48, 1367-1402.
- Juris, Jeffrey S.* 2012: Reflections on #Occupy Everywhere. Social Media, Public Space, and Emerging Logics of Aggregation, in: American Ethnologist 39: 2, 259-279.
- Kneuer, Marianne* 2015: Mehr demokratische Qualität durch das Internet?, in: Journal of Self-Regulation and Regulation 1: 1, 47-63.
- Lagasnerie, Geoffroy de* 2016: Die Kunst der Revolte. Snowden, Assange, Manning, Berlin.
- Lanier, Jaron* 2010: You Are Not a Gadget, New York.
- Lanier, Jaron* 2013: Who Owns The Future?, New York.

- Lischka, Konrad/Stöcker, Christian* 2017: Digitale Öffentlichkeit. Wie algorithmische Prozesse den gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen, Gütersloh.
- Lorey, Isabel* 2012: Demokratie statt Repräsentation. Zur konstituierenden Macht der Besetzungsbewegungen, in: Kastner, Jens/Lorey, Isabell/Raunig, Gerald/Waibel, Tom (Hrsg.): Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen, Wien, 7-49.
- Maeckelbergh, Marianne* 2012: Horizontal Democracy Now. From Alterglobalization to Occupation, in: Interface 4: 1, 207-234.
- Mason, Paul* 2015: PostCapitalism. A Guide to Our Future, London.
- McChesney, Robert W.* 2013: Digital Disconnect. How Capitalism is Turning the Internet Against Democracy, New York, NY.
- Misterek, Fokko* 2017: Digitale Souveränität. Technikutopien und Geltungsansprüche, in: MPIfG Discussion Paper 17/11.
- Mueller, Milton* 2010: Networks and States. The Global Politics of Internet Governance, Cambridge, MA.
- Mueller, Milton* 2017: Will the Internet Fragment? Sovereignty, Globalization and Cyberspace, London.
- Münker, Stefan* 2009: Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0, Frankfurt/Main.
- Negroponte, Nicholas* 1996: Being Digital, New York, NY.
- Nissenbaum, Helen* 2010: Privacy in Context. Technology, Policy, and the Integrity of Social Life, Stanford, CA.
- Norris, Pippa* 2001: Digital Divide. Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide, New York, NY.
- Taylor, Owen* 2015: Disruptive Power. The Crisis of the State in the Digital Age, Oxford.
- Papacharissi, Zizi* 2002: The Virtual Sphere. The Internet as a Public Sphere, in: New Media & Society 4: 1, 9-27.
- Papacharissi, Zizi* 2015: Affective Publics. Sentiment, Technology, and Politics, Oxford.
- Pariser, Eli* 2011: The Filter Bubble. What the Internet is Hiding from You, London.
- Pasquale, Frank* 2015: The Black Box Society. The Secret Algorithms that Control Money and Information, Cambridge, MA.
- Rendueles, César* 2015: Soziophobie. Politischer Wandel im Zeitalter der digitalen Utopie, Berlin.
- Rheingold, Howard* 1993: The Virtual Community. Homesteading on the Electronic Frontier, Cambridge, MA.
- Rheingold, Howard* 2002: Smart Mobs. The Next Social Revolution, Cambridge, MA.
- Rid, Thomas* 2016: Maschinendämmerung. Eine kurze Geschichte der Kybernetik, Berlin
- Rössler, Beate* 2001: Der Wert des Privaten, Frankfurt/Main.

- Rössler, Beate/Mokrosinska, Dorota 2013: Privacy and Social Interaction, in: *Philosophy & Social Criticism* 39: 8, 771-791.
- Sassen, Saskia 1998: On the Internet and Sovereignty, in: *Indiana Journal of Global Legal Studies* 5: 2, 545-559.
- Sassen, Saskia 2006: Electronic Networks, Power, And Democracy, in: *Tailoring Biotechnologies* 2: 2, 21-48.
- Scheuermann, William E. 2014: Whistleblowing as Civil Disobedience. The Case of Edward Snowden, in: *Philosophy & Social Criticism* 40: 7, 609-628.
- Schirmmacher, Frank 2015: *Technologischer Totalitarismus. Eine Debatte*, Berlin.
- Schmalz-Bruns, Rainer 2001: Internet-Politik. Zum demokratischen Potenzial der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, in: Simonis, Georg/Martinsen, Renate/Saretzki, Thomas (Hrsg.): *Politik und Technik*, Wiesbaden, 108-131.
- Schünemann, Wolf J./Weiler, Stefan (Hrsg.) 2012: *E-Government und Netzpolitik im europäischen Vergleich*, Baden-Baden.
- Seubert, Sandra/Helm, Paula 2017: Privatheit und Demokratie. Einleitung zum Themenschwerpunkt, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 2/2017, 120-124.
- Shirky, Clay 2008: *Here Comes Everybody*, London.
- Solove, Daniel J. 2009: *Understanding Privacy*, Cambridge, MA.
- Sprenger, Florian 2015: Politik der Mikroentscheidungen. Edward Snowden, Netzneutralität und die Architekturen des Internets, Lüneburg.
- Stahl, Titus 2016: Indiscriminate Mass Surveillance and the Public Sphere, in: *Ethics and Information Technology* 18:1, 33-39.
- Stalder, Felix 2016: *Kultur der Digitalität*, Berlin.
- Sunstein, Cass R. 2001: *Republic.com*, Princeton, NJ.
- Thiel, Thorsten 2014: Internet und Souveränität, in: Kuntz, Friederike/Volk, Christian (Hrsg.): *Der Begriff der Souveränität in der transnationalen Konstellation*, Baden-Baden, 215-239.
- Trojanow, Ilija/Zeh, Juli 2009: *Angriff auf die Freiheit. Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte*, München.
- Tufekci, Zeynep 2017: *Twitter and Tear Gas. The Power and Fragility of Networked Protest*, New Haven, CT.
- Turner, Fred 2006: *From Counterculture to Cyberculture. Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism*, Chicago, IL.
- Winter, Rainer 2008: Perspektiven eines alternativen Internets, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 39, 23-28.
- Wright, Scott 2012: Politics as usual? Revolution, normalization and a new agenda for online deliberation, in: *New Media & Society* 14: 2, 244-261.
- Wu, Tim 1997: Cyberspace Sovereignty. The Internet and the International System, in: *Harvard Journal of Law & Technology* 10, 648-666.
- Zuboff, Shoshana 2015: Big Other. Surveillance Capitalism and the Prospects of an Informed Civilization, in: *Journal of Information Technology* 30: 1, 75-89.

Die digitale Klassengesellschaft

Daniel Jacob

1. Einleitung

Als technische Entwicklung hat die Digitalisierung derart rasante und umfassende Veränderungen bewirkt, dass der Vergleich mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts in der Tat berechtigt scheint. Von Beginn an waren diese Veränderungen von der Hoffnung begleitet, die Technik in den Dienst einer freieren und gleicheren Gesellschaft stellen zu können. Trotz mancher Rückschläge verbindet sich insbesondere mit dem Internet noch immer die Hoffnung, verkrustete Strukturen in Politik, Ökonomie und Kultur aufzubrechen. Diesen emanzipatorischen Hoffnungen entgegen steht jedoch das wachsende Bewusstsein um die *digital divide*, die digitale Spaltung der Gesellschaft. Schon seit längerem weisen eine Reihe von Autoren darauf hin, dass der Zugang zu digitalen Techniken mit Kosten verbunden und entsprechend ungleich verteilt ist. Dies zeigt sich in folgenreicher Weise darin, dass die Nutzung digitaler Techniken in Entwicklungsländern noch immer erheblich eingeschränkt ist. Zunehmend hat sich die Debatte über die *digital divide* jedoch dahin entwickelt, neben den ökonomischen auch die kulturellen Voraussetzungen der Nutzung digitaler Techniken in den Blick zu nehmen. Zentral ist hier die Einsicht, dass der selbstbewusste und zielführende Umgang mit diesen Techniken kulturelle Fertigkeiten voraussetzt, die wiederum gesellschaftlich sehr unterschiedlich verteilt sind (vgl. Norris 2001, Deursen/Dijk 2010).

In diesem Beitrag möchte ich diesen Strang der Debatte um die *digital divide* im Lichte der Gesellschaftstheorie Pierre Bourdieus aufgreifen. Soziale Ungleichheit ist Bourdieus zentrales Thema. Theoretisch wie empirisch interessiert ihn, wie sich gesellschaftliche Strukturen sozialer Ungleichheit manifestieren und über Zeit reproduzieren. Dabei schließt er an das marxistische Motiv der Klassengesellschaft an, ergänzt dieses aber durch ein differenziertes Verständnis von Kapital und dessen symbolischer Vermittlung: Entscheidend für die Struktur gesellschaftlicher Machtbeziehungen ist demnach nicht nur die Verteilung ökonomischen Kapitals, sondern auch die von kulturellem und sozialem Kapital. Die Reproduktion gesellschaftlicher Strukturen stützt sich dabei nach Bourdieu

auf eine symbolische Ordnung, die als weithin unhinterfragtes Set von Normen festlegt, welche Formen von Kapital und Kapitalerwerb als legitim zu gelten haben.

Die bisherigen Einsichten der Debatte um die *digital divide* lassen sich vor diesem Hintergrund als Indiz dafür werten, dass sich die Logik der Klassengesellschaft auch unter den Bedingungen der Digitalisierung fortsetzt. Obschon die weitere Entwicklung der Digitalisierung von heute aus nicht abzusehen ist, zeichnet sich eine Tendenz dabei schon jetzt deutlich ab: In dem Maße, in dem die Digitalisierung immer mehr Bereiche der Gesellschaft in immer umfassenderer Weise erfasst, steigt der Wert einer besonderen Form kulturellen Kapitals. Gemeint ist damit jenes technische und politische Wissen, das notwendig ist, um digitale Techniken selbstbestimmt nutzen und deren zukünftige Entwicklung prägen zu können. Der spezifische Charakter der *digitalen* Klassengesellschaft ergibt sich mithin daraus, dass die Digitalisierung als Technik diese besondere Form kulturellen Kapitals privilegiert.

Um diesen Gedanken genauer zu erläutern, gehe ich in fünf Schritten vor: Im Anschluss an diese einleitenden Bemerkungen umreißt ich im folgenden Abschnitt zunächst das Bourdieusche Verständnis von Klassen. Im dritten Abschnitt erläutere ich dann, wie im Zuge der Digitalisierung die eben skizzierte Form kulturellen Kapitals an Bedeutung gewinnt und in der Folge eine neue Fraktion innerhalb der gesellschaftlichen Elite entsteht. Im vierten Abschnitt vertiefe ich diese Überlegungen, indem ich die Auseinandersetzungen um den Schutz der Privatsphäre als klassenspezifisches Phänomen diskutiere. Sowohl objektiv wie auch in der subjektiven Wahrnehmung nehmen die Bedrohungen der Privatsphäre durch digitale Techniken klassenspezifische Ausprägungen an. Im fünften Teil schließlich erinnere ich an das politisch-normative Anliegen Bourdieus und verweise auf die Möglichkeit politischen Wandels als Reaktion auf gesellschaftliche Schocks. Die Digitalisierung, so mein verhalten positives Resümee wird noch einige solcher Schocks produzieren – und damit auch immer wieder Gelegenheiten für politisches Handeln hervorbringen.

2. Der Klassenbegriff bei Bourdieu

Um gesellschaftliche Machtbeziehungen zu erfassen, verbindet Bourdieu eine objektive Gesellschaftsanalyse mit Annahmen über deren subjektive Rezeption (Bourdieu 1987c: 97-98). Objektiv sieht er die Gesellschaft strukturiert durch die Verteilung von Machtressourcen, wobei er neben

ökonomischen Ressourcen die Bedeutung von kulturellem und sozialem Kapital betont (Bourdieu 1983, 1985). Diese objektive Gesellschaftsstruktur, so Bourdieu weiter, schlägt sich in einer hieran angepassten subjektiven Weltwahrnehmung nieder. Die Einzelne nimmt die Welt durch den Filter ihrer gesellschaftlichen Position wahr. Mehr noch, sie verinnerlicht diesen Filter auf einer weitestgehend vorbewussten, habituellen Ebene und trägt durch ihr tägliches Handeln zur Reproduktion der objektiven Gesellschaftsstruktur bei (Bourdieu 1987a: 277-311; 1987b: 97-121).

Soziale Klassen ergeben sich vor diesem Hintergrund dadurch, dass Menschen objektiv eine ähnliche soziale Position einnehmen, also über eine ähnliche Ausstattung an Machtressourcen verfügen. Die objektive Nähe im sozialen Raum führt auf subjektiver Ebene zu einem ähnlichen Habitus, einer ähnlichen Sicht auf die Welt und die eigene Rolle darin. Dies jedoch, so betont Bourdieu, ist nicht mit einem genuinen »Klassenbewusstsein« zu verwechseln. Dass Menschen aufgrund ihrer sozialen Lage eine ähnliche Sicht auf die Welt haben, führt keinesfalls automatisch dazu, dass sie sich als Mitglieder einer größeren und gar politisch handlungsfähigen Einheit verstehen:

»Nichtsdestoweniger bleibt festzuhalten, daß der Übergang von der Wahrscheinlichkeit zur Wirklichkeit, von der theoretischen zur praktischen Klasse, anders, als die marxistische Theorie unterstellt, niemals etwas Gegebenes ist.« (Bourdieu 1997: 113).

Wie Bourdieu in *Die feinen Unterschiede* (1987a) anhand zahlreicher Beispiele ausführt, ist ganz im Gegenteil der Wunsch vieler Menschen groß, sich gerade gegenüber jenen abzugrenzen, die ihnen objektiv am nächsten stehen. Jenseits der vielen alltäglichen Kämpfe um Distinktion konstatiert Bourdieu aber auch eine die Gesellschaft in Gänze strukturierende Unterscheidung zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen. Entscheidend ist dabei nicht das subjektive Herrschaftsempfinden, sondern die objektive Lage im sozialen Raum. Gesellschaftliche Eliten zeichnen sich nach Bourdieu dadurch aus, dass sie ihr Kapital auf Kosten der unteren sozialen Schichten mehren, oder sich zumindest einer gerechteren Verteilung von Ressourcen und damit verbundenen Lebenschancen verwehren.

Das Streben der Elite nach dem Erhalt ihrer gesellschaftlichen Macht zeichnet Bourdieu zum einen auf der Ebene individueller Strategien nach. Wer bereits über ein hohes Maß an ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital verfügt, so Bourdieu, hat Anreiz und Möglichkeit, seinen Status durch gezielte Investitionen zu wahren oder gar zu verbessern. Ein geläufiges Beispiel hierfür ist die Tendenz wohlhabender Familien, ihre

Kinder auf exklusive Privatschulen und -universitäten zu schicken. Die Investition in Bildung und vor allem die in solchen Institutionen entstehenden sozialen Beziehungen dient dabei dazu, den eigenen ökonomischen Status auf die Nachkommen zu übertragen (Bourdieu 2004).

Zum anderen betont Bourdieu aber auch, wie die Herrschaft gesellschaftlicher Eliten sich darin ausdrückt, die bestehende Ordnung als legitime und alternativlose Ordnung darzustellen.¹ Bourdieu verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff der symbolischen Ordnung und bezeichnet damit jenes Set von Normen, die weithin unhinterfragt die Vorstellung von legitimer Macht und damit auch die konkreten Machtpositionen einzelner Akteure prägen. Nicht zuletzt gibt die symbolische Ordnung vor, welche Formen von Kapital und Kapitalerwerb als legitim zu gelten haben, was also etwa die *richtige* Form von Bildung und Bildungserwerb ist. Wie Bourdieu zugespitzt bemerkt, »Der Kampf der und um Klassifikationen ist eine grundlegende Dimension des Klassenkampfes.« (Bourdieu: 153). Die symbolische Ordnung spiegelt dabei in erheblichem Maße die objektive Struktur der Gesellschaft wider: Wer über eine mächtige Position in der Gesellschaft verfügt, ist damit auch in besonderer Weise in der Lage, die Vorstellungen von der legitimen Ordnung zu prägen – und dadurch wiederum seine eigene Machtposition zu festigen. Die beherrschten Klassen sind nach Bourdieu hingegen gerade in dem Sinne beherrscht, dass ihnen die Kritik ihrer eigenen Beherrschung verwehrt wird. In der Regel verfügen die Beherrschten weder über die objektive Möglichkeit, die symbolische Ordnung zu hinterfragen, noch über das subjektiv empfundene Bedürfnis danach. Sie haben ihre soziale Lage so sehr verinnerlicht, dass es ihnen selbst im Lichte größter Ungerechtigkeiten in den meisten Fällen als vergeblich erscheint, sich gegen ihr Schicksal aufzulehnen.

Überlegungen wie diese haben Bourdieu immer wieder den Vorwurf eingebracht, ein allzu statisches Bild der Gesellschaft zu entwerfen. Dies ist insofern zutreffend, als dass Bourdieu in der Tat eine Erklärung dafür sucht, warum sich trotz vieler Veränderungen im Detail die Logik der Klassengesellschaft immer wieder zu reproduzieren scheint. Zugleich will Bourdieu jedoch auf den konflikthaften Charakter der von ihm beschrie-

1 Diese Form »struktureller« Macht findet sich mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung auch in den Arbeiten von Horkheimer und Adorno (Horkheimer/Adorno 1947) zum Begriff der Ideologie, in Gramscis Überlegungen zum Hegemoniebegriff (Gramsci/Bochmann 1991) oder auch in Foucaults Verständnis von diskursiver Macht (1976).